

## Klimapolitik:

# Schwarz-Gelb ohne Plan

**Das Bundesverfassungsgericht hat Ende April ein deutliches Zeichen gesetzt: Das vorgelegte Klimaschutzgesetz ist zwar grundsätzlich dazu geeignet, den Herausforderungen des Klimawandels zu begegnen. Aber für die Zeit nach 2030 muss der Gesetzgeber konkrete Vorgaben machen, wie der Ausstoß von Treibhausgasen weiter verringert werden soll.**

Das überarbeitete Klimaschutzgesetz soll bis Mitte Mai verabschiedet werden. Die größte Veränderung zum alten Entwurf: Es sieht Klimaneutralität bis 2045 vor. **Mit diesem weitreichenden Gesetz sind die Entwürfe der Landesregierung zum Klimaschutzgesetz und zum Klimaanpassungsgesetz überholt.**

Nun ist es an Schwarz-Gelb, die Chance für ein Gesetz auf Landesebene zu nutzen, das Klimaschutz und Klimaanpassung – also Maßnahmen, die auf Klimaveränderungen zurückzuführende Schäden verhindern oder zumindest verringern – verbindet.

### Unsere Kritik an der Landesregierung:

- Klimapolitik = Fehlanzeige: Den 2015 verabschiedeten Klimaschutzplan mit 220 Maßnahmen hat die derzeitige Landesregierung Ende 2020 einfach auslaufen lassen. Dabei hätten die bereits heutzutage deutlichen Auswirkungen des Klimawandels konsequenter weiterer Maßnahmen bedurft.
- Das von der Landesregierung vorgelegte Klimaschutzgesetz formuliert Zielsetzungen, ohne konkrete Maßnahmen zu benennen.
- Die im Gesetz angemahnte Sozialverträglichkeit ist ein reines Lippenbekenntnis ohne konkrete Maßnahmen.

#SozialerFortschritt  
Für die Vielen,  
nicht die Wenigen.

- Klimafolgenanpassung – zum Beispiel der Schutz vor Starkregen, Hochwasser oder Dürreperioden – muss vor Ort erfolgen. Es mangelt jedoch an Hilfs- und Kooperationsprogrammen, die Landesregierung lässt die Kommunen im Regen stehen. Auch für regionale Strategien und ein abgestimmtes Vorgehen innerhalb einer Region mangelt es an ausreichender finanzieller Ausstattung.
- Um den Industriestandort NRW zukunftssicher aufzustellen, bedarf es eines starken Signals für den Ausbau erneuerbarer Energien. Die Landesregierung plant die Windkraft jedoch nur sehr zurückhaltend ein und schöpft damit das vorhandene Potential nicht aus.
- Das Projekt Innovation City in Bottrop hat in sechs Jahren 300 neue Jobs geschaffen und den CO<sub>2</sub>-Ausstoß im Quartier um rund 40 Prozent gesenkt – ohne dass Mieten explodiert sind. Von der SPD-geführten Landesregierung wurde die Förderung dieses zukunftsweisenden Projekts ins Leben gerufen, Schwarz-Gelb hat die weitere Förderung nun eingestellt.

### Unsere Forderungen:

- Klimaschutz muss sozial verträglich sein: Steigende Kosten für Mieten, Heizen und Mobilität müssen durch höhere Löhne für die Beschäftigten oder soziale Ausgleichsmaßnahmen aufgefangen werden. Die Folgen müssen im Rahmen eines Monitorings untersucht und sichtbar gemacht werden, um wirksame Maßnahmen für einen sozial gerechten Klimaschutz angehen zu können.
- Für uns gilt: Maßnahmen, die der Anpassung an Klimaschäden dienen – zum Beispiel gegen drohende Wasserknappheit, Hitzestress oder Überflutungen –, müssen für Bürgerinnen und Bürger eine gesteigerte Lebens- und Aufenthaltsqualität mit sich bringen. Kurze Wege ins Grüne zeichnen die Stadt der Zukunft aus.
- Die Innovation City in Bottrop hat Modellcharakter: Mit einem umfassenden Modernisierungs- und Instandsetzungsprogramm für Gebäude (z. B. Fassadendämmung, neue Heizungsanlagen, neue Fenster) sowie einer klimafreundlichen Gestaltung von Vorgärten kann es auch in anderen Kommunen gelingen, den Ausstoß von CO<sub>2</sub> deutlich zu reduzieren. Wir wollen ein Förderprogramm, das darüber hinaus auch kommunale Investitionen in grüne Freiflächen unterstützt.

#SozialerFortschritt  
Für die Vielen,  
nicht die Wenigen.